

Die Stadtverwaltung besteht aus gewöhnlichen Bürgern, die nicht unbedingt Geschäftsmänner sind. Darauf beruht die ungeliebte Stadtkasse. Es ist ein großer Fehler in der Verwaltung zu bestehen, daß man die Gewerbeabgaben aufzuteilen und das in Kapital verwandten Betrag und Gewinn zu teilen. Da einer gewissen Brüder von einem anderen Brüder zu teilen ist, so kann die Gewerbeabgabe auf dem Markt gebrochen, berechnet und über die einzelnen Betriebe eine Wiedergabe des Betrags an. Diese Sätze sind natürlich auf den Markt gebrochen, berechnet und über die einzelnen Betriebe eine Wiedergabe des Betrags an. Dem Betriebe, die kleinen Einnahmen mitbringen, gelten durch uns unterworfen. Es bedeckt eine gewisse Wiedergabe für die Stadt, wenn sie zwei Beziehungen hat. Sie kann die Wiedergabe und Unterbringungsmöglichkeiten schaffen. Sie will sie es behauern, wenn man sie für seine Ausführungen anders Nutzen unterschreibe. Er habe nur das Interesse der Stadt im Auge, wenn er darauf hinweise, daß andere Städte Gelegenheit in Betracht seien. Er habe keine Fähigung, seine Ergebnisse von der rechten Seite zu nehmen; und er entschuldigt, sei seine persönliche Ausführung. Herr Grob, daß er von mir bemerkte, daß wir darüber streiten würden, daß die Gründierung der Oberklasse gefordert werde. Ich bitte die Sparkasse benannt werden, umso höher werde die Einnahme sein, und diese kommt ja den Einwohnern wieder zugute, was bei Waren nicht der Fall ist. Die unentgegensehliche Hinterlegung der Wertpapiere sei ein Augenmerk, um die Späße an die Kasse zu gewöhnen. Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider führte aus, daß er nun den großen Teil der Ausführungen des Herrn Stadtbaurath Wunderlich einverstanden sei. Auf die Dauer werde mit den unentgegensehlichen Hinterlegungen nicht auskommen sein. Den kleinen Einliegen werde man sie bis zu einem gewissen Betrag automatisch lassen können, oder bezüglich der anderen werde man an ihr nicht festhalten können. Redner geht daher darauf ein, wie die Sparkasse zur Unentgegensehlichkeit des Rentenfonds

Sparfasse zur Unentbehrlichkeit der Unterlegungen gekommen sei. 1915 habe das Ministerium des Innern in einem Entwurf angezeigt, die Kriegsanleihebezüglichkeiten bei den Sparkassen durch die unentbehrliche Annahme dieser Unterlegungen zu fördern. Auch der Sparkassenverband habe deutlich gemacht, nachdem der Unterlegungswang eingeführt sei, auf dem Standpunkt, daß es zu einer Gebühr kommen müsse, aber den iesigen Zeitpunkt halte man nicht für den geeigneten. Wir hätten noch kein richtiges Bild, wie dauernd die Arbeit werde. Wir würden vielleicht in der Zukunft zu hoch greifen. Es bitte, die Bewilligung der neuen Beamten nicht davon abhängig zu machen, daß eine Unterlegungsgebühr eingeführt werde. Es halte es für seine Pflicht, darauf zu geeigneter Zeit zurückzukommen. Herr Stadtrv. Baumgärtel erklärt, daß der Sparkassenausschuß auch der Meinung gewesen sei, daß eine Gebühr am Platze sei. Auf die Vorerwerbung es ohne Unterlegungsgebühr nicht geben. Die Einführung möchte nicht allzu weit hinausgeschoben werden. Herr Stadtrv. Baumgärtel ist der Meinung, daß man jetzt nicht sofort mit einer Gebühr kommen solle. Es sei auch fraglich, ob sie ein Vorrecht für die Stadt sein werde. Herr Stadtrv. Mr. Schneider bemerkt, daß wir den Vorteil der Sparkasse zu prüfen hätten, der Weg des Rates sei der richtige. Herr Stadtrv. Obervorst. Romberg erwidert, wenn andere Städte sofort zu einer Gebühr übergehen, so hätten sie auch das Interesse der Sparkasse im Auge. Redner bespricht die Arbeiten, die infolge des Unterlegungswanges geleistet werden müssen. Die Kosten koste der Sparfasse mindestens 10 000 M. und die Rente sei nicht in der Situation, eine beratige Ausgabe zugunsten der Einleger zu machen. Die kleinen Einleger sollten Schutz haben, aber eine Grenze von 500 bis 1000 M. müsse gezogen werden. Herr Stadtrv. Scheiter ist der Meinung, daß schon aus moralischen Gründen verlängert werden müsse, daß möglichst bald von einem bestimmten Betrag ab eine Unterlegungsgebühr erhoben werde. Er hat hierfür den 1. April nächsten Jahres im Auge. Der Rat möge wenigstens erklären, daß der Zeitpunkt für eine Erhebung der Gebühr nicht allzu lange hinausgeschoben werde, sondern vielleicht für das nächste Jahr in Aussicht genommen werde. Redner drückt sich auch dahin aus, daß Zweifel darüber bestehen könnten, ob es der zweckmäßigste Weg sei, die Sparkasse in das Bischmannsche Grundstück zu legen. Durch die Vermeidung der Beamtenzahl entstehe die Frage, ob nicht auf eine Revision des Beschlusses einzukommen sei. Vielleicht könnte man die obere Wohnung schon mit zur Erweiterung der Sparkasse nehmen. Herr Bürgermeister Dr. Scheiter erklärt, daß er eine Erklärung dahin, daß eine Gebühr schon in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erhoben werde, nicht abgeben könnte, da er ja nicht wisse, ob sie vom Rate gebilligt werde. Herr Vorst. Schönfuss bemerkt, daß man es ja dem Rate anheim geben könnte, recht bald nochmals zu dieser Frage Stellung zu nehmen und dem Kollegium eine Vorlage zugeben zu lassen. Hierauf wurde der Ratsvorlage einstimmig befehlens.

9. Der Vornahme baulicher Verbesserungen an den Bellenanlagen im Rathause, bis einen Aufwand von 775 Mf. verursachen, stimmte das Kollegium einstimmig zu.

10. Verschiedenes. Herr Bürgermeister Dr. Scheider versieht eine Befehlsschrift des Direktors der Oberrealschule, Herrn Dr. Streit, worin dieser sich zu einem Artikel in der "Volkszeitung" duichtet. Aus dem Schreiben war zu ersehen, daß das Lehrerkollegium der Oberrealschule beschlossen hat, die Büsten Kaiser Wilhelms und Königs Friedrich Augusts aus dem Festsaal der Oberrealschule zu entfernen. An deren Stelle sollen die Büsten Goethes und Schillers aufgestellt werden, die von einem Gönner der Künftl gestiftet werden, aber noch in Arbeit sind. Bis zu ihrer Fertigstellung sollen die Büsten der beiden Fürsten aufgestellt bleiben. Der Schulhandmann hatte die Büsten jedoch vorzeitig weggenommen. Darauf waren die Vertrauensleute der oberen Stufen vorstellig geworden, weil sie der Meinung waren, daß die Büsten ein Geschenk der Schüler seien und eine von der Schülerratschaft gemachte Schenkung nicht geachtet werde. Eine Prüfung hat ergeben, daß die Büsten kein Geschenk der Schüler sind. Man hat sie einstweilen wieder aufgestellt, um die Schüler nicht leer stehen zu lassen. Eingangs wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß vom höheren Ministerium die Besetzung der Fürstenbilder und Büsten aus den Schulen nicht verfügt worden ist. Herr Bürgermeister Dr. Scheider machtte im Anschluß an die Verleihung des Schreibens darauf aufmerksam, daß es also nicht interessiere, wenn dem Direktor der Oberrealschule unterstellt worden ist, daß er sich gefreut habe, daß die Schüler aus patriotischen Gründen die Wiederausstellung der Büsten vornehmen hätten. Ferner bemerkte er, daß der Rat immer auf dem Standpunkt gestanden habe, daß die Ausbildung der Leberechtlaube Sache der Leberechtschaft sei. Herr Stadtbaumeister ist der Ansicht, daß das Stadtoberordnetenamt in diesem Raum nicht nur gebildet sei, sondern es sei auch Sitz des Stadtoberordneten. Die Leberechtschaft kann daher auf die Ausbildung der Schulen keinen Einfluss gehabt: in jüngster habe der Rat seine Ansicht geändert. Herr Stadtbaumeister ist nicht der Meinung, daß die Stadtoberordneten sich in diesem Raum ein Hausrecht erworben hätten und schalten und walten könnten wie sie wollten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß der Rat keine Meinung über die Ausbildung der Schulen habe, obwohl er sie ernannt habe. Das Hausrecht in diesem Raum habe die Schule, das Rechtshaus sei zu Gott.

der Stadt. Von der ersten Zeit kann man keine
genauen Nachrichten über die Zahl der abgebrannten
Häuser erhalten. Der Verlust an Leidern und
Gütern war sehr groß. Die Feuerwehr und die Polizei
versuchten, die Menge der verbrannten Häuser zu ermitteln.
Von einer Bevölkerung von 100000 Einwohnern
ist ein Verlust dieser Ausmaße unerträglich. Es ist
sehr schwer, einen Haushalt zu beschreiben, der
nicht irgendwelche Schäden davontrug. Aber
es gab viele, die ihre Häuser verloren haben.
Man kann diese Briefe gelesen, um sie mit den anderen
zu vergleichen. Sie sind sehr unterschiedlich.
Einige Menschen brauchen mehr Zeit, um sich auf
die Verluste einzustellen, während andere sofort
ihre Verluste anerkennen. Es ist wichtig, dass
man die Verluste nicht unterschätzt, sondern
ihre Größe ehrlich einschätzt.

Schluss der Sitzung gegen 8 Uhr.

— Drei Pauschalbeträge. In Verbindung mit
seinen Fahrplanänderungen werden vom 12. bis 16. Monat
ab am Montagabend zwischen Dresden und Leipzig fol-
gende Sonderfahrten vereinbart: ab Dresden-Östl. 4,20 nachm.
in Leipzig-Östl. 6,20 nachm., ab Leipzig-Östl. 8,00 abends
in Dresden-Östl. 14,10 abends.

— Der Sonnenauswerfer an den Sonnen vor Weihnachten. Zur Eröffnung des Weihnachtsverkehrs an den beiden Sonntagen vor Weihnachten am 14. und 21. Dezember, wird an diesen Tagen der Sonnenauswerfer ausnahmsweise in beschränktem Umfang aufrecht erhalten werden. Die peripherischen Bögen werden

— "Verein der Kleinrentner." Wie auch auf dem Einzelgenetik vorliegender Nummern ersichtlich. Ich kann

mehr auch in Bielefeld ein Verein der Steinrentner, der gleichzeitig
dem Dickeones Verein angegeschlossen ist.

dem Personale verein angegeschlossen hat, gebildet werden. Der Zweck und die Riefe des Vereins sind erläutert auf einer Sitzung der Kleinrentner von Dresden und Umgebung an die Nationalversammlung. Die durch Alter oder Gesundheit erwerbsunfähigen Kleinrentner, das heißt alle die, die in arbeitslosen Jahren ein Kapital zur Sicherung ihres Lebensabends zusammengespart haben und nun bei steigenden Lebensunterhaltskosten und zurückgehendem Bruttoneinkommen in schwere Notlage geraten, fordern von der Nationalversammlung Verleihungsfestigung ihrer Bedürfnisse bei der Gestaltung des Reichskonkurrenzgesetzes. Das Vermögen erwerbsunfähiger Kleinrentner, das heißt der über 60 Jahre alten Männer und der über 50 Jahre alten Frauen, dazu der jüngeren nachweisbar Erwerbsunfähigen soll bis zum Betrage von 100 000 Mark vom Reichskontofreien bleiben; von den darüber hinausgehenden Werten soll für die Versteuerung die genannte Summe abgezogen bleiben. Auch für die Kapitalrenten- und für die Grundstücksbesitzer werden Gleichstellungen nachgesucht. Der Reichsbund der Kleinrentner (Sitz Rudolstadt) ist in ähnlichem Sinne vorsichtig geworden. Anmeldungen für die hierige Ortsgruppe nehmen entgegen Privatmann Eboli Schneider, Schulstraße 19, Paul Blumenchein sen. und Paul Fischer, Neuweida.

— Die ersten Truppen der Elternen Division auf sächsischem Boden. Im Großpostischen Durchgangslager ist am Montag eine Abteilung Baltikumtruppen in Cörlitz von 250 Mann mit vollständiger Ausrüstung und Bagage und teilweise mit Frauen und Kindern eingetroffen. Führer der Abteilung war der Oberleutnant Schubert. Die Stimmung der Leute, bis zu den vielgenannten Elternen Division des 10. Armeekorps gehörten, war gut. Sie führten Maschinengewehre und reichlich Munition aller Art, aber keine Geschütze mit.

— Der Sächsische Gemeindebeamtenbund hielt am Sonnabend, den 6. und Sonntag, den 7. Dezember 1919 in Meißen eine Hauptversammlung ab, zu der über 300 Vertreter der Bezirks- und Kreisgruppen und außerdem eine überaus große Anzahl anderer Bundesangehöriger erschienen waren. Rämend der Stadt Meißen wurde die Versammlung von Herrn Oberbürgermeister Dr. Uh begrüßt. Herr Geheimer Regierungsrat Dr. Kwest berichtete über die Arbeiten am Gemeindebeamtengefecht, dabei besonders die Frage der Vertretung der Beamten gegenüber den Anstellungsbehörden berührend. Diese Frage und alle anderen Wünsche der sächsischen Gemeindebeamtenchaft wurden außerdem bei der Beratung des Bundesprogramms erörtert. Ebenso beschäftigte sich die Hauptversammlung mit der Aus- und Fortbildung der Gemeindebeamten. Ein Antrag, eine Verhandlungsgemeinschaft der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden anzustellen, die gegenüber den im Deutschen Beamtenbunde zusammengeschlossenen Beamten des Reiches, des Staates und der Gemeinden die Besoldungsfrage der Beamten regeln soll, wurde angenommen. Eine besonders rege Aussprache veranlaßte die beantragte Berlegung des Bundeslagers von Leipzig nach Dresden, die bestanden wurde. Zum 1. Vorsitzenden des Bundes wurde Rats-Oberleutnant Böttger-Dreher gewählt. Die Wahlversammlung entschied, daß der Sächsische Gemeindebeamtenbund dem Deutschen Beamtenbunde beitreten wird.

Dresden gewählt. Die Herstellung der im Hubestande lebenden Beamten soll angestrebt werden. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: Die Bundeshauptversammlung nimmt mit Erkrüfung davon Kenntnis, daß noch in einer großen Anzahl von Gemeinden den Gemeindebeamten die alten Weichs- und Staatsbeamten bereits ausgezahlte Beschaffungsbeihilfe noch vorenthalten wird. Sie fordert unter Betonung der außerordentlichen Lage der Gemeindebeamten einmütig, daß diese selbstverständliche Forderung sofort in allen Gemeinden erfüllt wird und erwartet, daß die Staatsregierung in diesem Sinne auf alle Gemeinden eintritt und tatsächlich leistungsunfähige Gemeinden hierbei finanziell unterstützt. Die Bundeshauptversammlung erwartet weiter ebenso bestimmt von den Gemeinbedeckungen, daß sie der Tiefungsfrage nicht die allein ausschlaggebende Bedeutung beimessen. Ebenso einmütig bringt die Bundeshauptversammlung zum Ausdruck, daß sich die Gemeindebeamtenfamilie nicht länger nur mit einer ihr gelegentlich in den Parlamenten gezählten Anerkennung begnügen kann, sondern daß sie mit allen ihr durch ihre Organisation zur Verfügung stehenden Mitteln die rektile Durchführung dieser geruften Forderung in allen Gemeinden durchsetzen muß. Ihre Sicherung des Bundesvermögens soll eine einmalige Sondersteuer von mindestens 10 Mark von jedem Mitgliede eingehoben werden, wodurch sich das Bundes-

vermögen um 200 000 Mark erhöhen wird.
—* Die Sozialisierung des Kino- und Kinowesens. Wie an zuständiger Stelle verlautet, steht die Sozialisierung des Kinowesens in Sachsen noch in weitem Felde. Das Gesundheitsministerium hat sich mit der Frage überhaupt noch nicht beschäftigt. Man wird aber daran gehen, die Auswüchse des Kinowesens energisch zu bekämpfen, indem man es einer erhöhten Aufmerksamkeit und Kontrolle unterwirft. Eine wirkliche Gefundung des Kinowesens wird nun durch eine Kommunalisierung des Kinowesens erreichen lassen.

—* Keine Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die Meldung, daß für Sachsen in nächster Zeit eine Erhöhung der Lebensmittelpreise befürchtet sei, entstellt, wie an zuständiger Stelle verlautet, nicht den

— Der Termin der Neuwahlen in Sachsen kann erst festgelegt werden, wenn der der Reichstagswahlen genau bekannt ist. Wenn es auch als sicher hinzusehen ist, daß die Reichstagswahlen im Frühjahr 1920 stattfinden,

QUESTION. Is Section 90 of the Statute of Limitations now covered by the Statute of Limitations now being proposed?

—→ Das Sachverständigenrat und seines gelehrt
er. Wohnungsrates. Von der Regierung waren ordent-
liche Sachverständige Prof. Dr. Max von Göbel, Prof. Dr.
Hermann von Witzl, Prof. Dr. Goedel, Prof. Dr.
W. H. G. und Prof. Dr. Schmid. Außerdem wurden die Ge-
schäftsführer des Landwirtschaftlichen Verbandes Sachsen-
teil, der Vorsteherin des Landwirtschaftsrates Prof. Dr.
Dr. Oehlwein erfragt. Die Sitzung mit einem freien De-
batzungsrecht wurde auf die folgenden Betriebsperiode
nicht des Lichten und des kommenden Erntejahrs bis zum
betonte die Notwendigkeit, die Produktions- und Arbeits-
freizeit auf dem Lande zu erhalten und zu fördern. Den
Vorstand des Landwirtschaftlichen Verbandes Sachsen-
teil Prof. Dr. Goedel wurde als Mittler für die
Landwirtschaftlichen Verbandsbeamten eingesetzt. Es
wurde, in die Vereinigung des Berufes des ländlichen
Haushaltens über die Tätigkeit des Landwirtschaftsrates seit
dem letzten Jahrzehnt.

der letzten Schulführung einzutreten.
• **G 15 b a.** Delegentliche Sitzung des Schulberatungs-
ratet am Donnerstag, den 11. Dezember, nachm. 1/2 11.00
im Sitzungssaal in der Centralhalle Rott. Beratungs-
gegenstände: 1. Mittteilung über die Geschäftsführung des
Gesamtverbandes zur Förderung und Wahl von Mitgliedern
in den Schulberatungsräten. 2. Wahl des Vorstandes, Kell-
vertretenden und Schriftführers. 3. Wahl des Mitglieders
für den Sonn- und Sammungsausschuss. 4. Würdigung
der Stelle durch Schulrat Wiener. 5. Verordnung von
best. neuen Ränkbigen Lehrstellen. 6. Würdigung
einer ERBÖDEN-Fortbildungsschule von
Ostern 1920 a.D. 7. Bekanntmachung über Einführung
des durchgehenden Schulunterrichts. 8. Erstattung von
Umlaufschriften an die Herren Denze und Hieber.
• **Straße.** Sie hat die Worte vom Deutschen zum Gemeinde-
recht.

Straße. Am Abend vom Freitag zum Sonnabend wurde aus dem Schmidt'schen Gut in Neuen eine große Summe geklaut. Sie wurde von den Dieben im Stalle abgezögert.
Öschach. Ein frecher Diebstahl wurde in der

Nacht zum Sonntag in dem Steinbruch des Kommerzienrates Halbach in Altschad-Rosenthal begangen. Aus dem Motorenraum hießt wurde der Elektromotor mit Zubehörung, der $\frac{7}{10}$. Überlastung stark und 4-5 Zentner schwer ist, herausgeholt und, wie die Spuren verraten, auf einem Handwagen in der Richtung der Rauschofer Straße nach Döbber gefahren. Von den Dieben fehlt noch jede Spur. Kommerzientrat Halbach hat 1000 Mark Belohnung für ihre Ermittlung ausgesetzt.

Wiederanbauminister in Dresden.

* Im Sitzungssaale des Ministeriums des Innern fanden gestern unter dem Vorsitz des Wirtschaftsministers Schwarz eingehende Beratungen über die den Wiederaufbau in Frankreich berührenden Fragen statt, bei welchen der neue Reichsminister Dr. Gehrts Gelegenheit nahm, mit den interessierten ländlichen Kreisen aus Industrie, Handel und Arbeiterschaft in nähere Verbindung zu treten. Die beim Wiederaufbau betantrennten Aufgaben trennt der Reichsminister sachlich in Ausfräumungsarbeiten, den eigentlichen Aufbau und die Materiallieferungen. Bei den Ausfräumungsarbeiten handelt es sich in erster Linie um die Arbeitsfrage, bei der es gelte, möglichst günstige Arbeitsbedingungen durchzusehen. Die nach Frankreich gehenden Arbeiter lediglich als Austauschobjekt für die Kriegsgesetzten gelten zu lassen, habe die Regierung stets mit Bestimmtheit abgelehnt. Die eigentlichen Aufbauarbeiten stellen die Arbeiterschaft vor ganz neue, gewaltige Probleme. Es seien auch bereits zahlreiche Anregungen über die Organisation und die Art der Bebauung dem Ministerium gemacht worden. Den gegenwärtigen wäre jedoch darauf hinzuweisen, daß die französischen Kriegsteil und Techniker am liebsten ihre deutschen Kollegen von seglicher Mitarbeit ausdrücken möchten. Den Interessengruppen sei hier eine gewisse Zurückhaltung anzuraten. Gegenso warnte der Minister die beteiligten Kreise, sich Illusionen zu machen bei der Übernahme von Arbeiten wie von Lieferungen. Er werde mit allen Mitteln verhindern, daß der Krieg der Kriegsgewinner eine solche von Wiederaufbaugewinnern folge. Es bietet sich besonders bei Massenartikeln ein Feld der Befähigung für das organisierte Handwerk, Produktivgenossenschaften und ähnliche Wirtschaftsformen. Dabei werde für die Vergabungen im Wege der Dezentralisation vorgegangen werden unter Berücksichtigung der Selbstverwaltungorganisationen der beteiligten Kreise. Für Sachsen fände unter anderem besonders die Beteiligung seines Holz-, Maschinen- und Glasindustrie in Frage. Die eingehenden Ausführungen des Reichsministers fanden allgemeine Anerkennung. Die entwideten Arbeitspläne wurden mit lebhaftem Interesse aufgenommen, wobei betont wurde, daß man glaube, in der Persönlichkeit des Ministers eine Gewöhnung zu leben für eine siebzweckte Wirtschaftsführung, die auch den beträchtlichen Wünschen der einzelnen Länder des Reichs in billiger Weise Rechnung tragen werde. — In der sich anschließenden Ausprache wurden von Seiten der ländlichen Regierung sowie der Interessenten die einschlägigen technischen Wirtschaftsverhältnisse besonders dargelegt, wobei sich zahlreiche wertvolle Anregungen für eine umfangreiche Berücksichtigung der in Sachen verfügbaren Wirtschaftsräte ergaben.

Die Gemeinschaftsschule.

Eine Verbesserung demokratischer Schulpolitik. Von Unterrichtsminister Dr. R. Schärt

Von Unterrichtsminister Dr. R. Seiffert.
Man erwartet von dem neuen sächsischen Unterrichtsminister, daß er nun bald einmal seine Absichten und Pläne öffentlich tundigt. Einzelne Fragen, insbesondere die, in denen das sächsische Übergangsschulgesetz nicht mit der Reichsverfassung übereinstimmt, drängen nach Erledigung. Schon liegt von denkmalnationaler Seite eine Interpellation in dieser Richtung vor. Lieber andere Fragen verbreiten sich Gerüchte und Meinungen, die falsch sind, von Gegnern aber gesissenschaftlich aufgestreut werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft wird die sein, die Parteien, aus denen sich die Regierung gebildet hat, in den Schulfragen zu einigen, ohne die Wirkung der übrigen Parteien auszuhalten. Bei der Beratung des Volksschulgesetzes von 1912 bildete die gesamte Venle eine einheitliche Front. Diese muß wieder herzustellen

Bestimmt wird die lösliche Schulpolitik einmal durch das beschlossene Übergangsschulgesetz, dann aber auch durch die Reichsverfassung und das an diese sich anschließende Reichsstaatengebet. Nach dem Grundsatz, daß Bundesrecht durch Reichsrecht gebrochen wird, müssen einige Bestimmungen des Übergangsschulgesetzes geändert werden. Die wichtigste Frage ist die: Welcher Art sollen die löslichen Volksschulen in Zukunft sein? Die religioununterrichtliche (christliche) Schule allgemein einzuführen, wie es das Übergangsschulgesetz vom 1. April 1900 ab beachtigte, ist nach der Reichsverfassung nicht möglich. Diese bestimmt als gesetzliche Regel die für alle Bekennnissse gemeinsame Schule mit Religionunterricht, der den Kindern der verschiedenen Bekennnisse nach den Grundsätzen ihres Bekennnisses zu erteilen ist, an dem teilzunehmen aber kein Kind gewünscht werden kann. Das ist die staatliche Gemeinschaftsschule, wie sie nach der Reichsverfassung

Die Verfassung schreibt: „Dass es der Gemeinde erlaubt ist, die Schule nach bestimmten Grundsätzen zu unterrichten.“ Das ist eine allgemeine Berechtigung, die Schule eines bestimmten Unterrichts zu unterrichten. Das ist im allgemeinen der Charakter des konfessionellen Unterrichts. Er kann nicht nur für bestimmte Gemeinden bestimmt sein, sondern auch für bestimmte Schulen bestimmt sein. Das ist der Fall, wenn die Schule einen bestimmten Unterricht übertragen will, den sie selbst bestimmt hat.

Die Verfassung lässt es nämlich zu, dass auf bestimmten Konfessionen beruhend neben den Gemeinschaftsschulen auch private Konfessionschulen und „Religionsunterricht“ eingerichtet werden. Religionsschulen schließen die Kinder anderer Konfessionen und die Kinder von Christen aus; sie sind eben nur für die Kinder einer Konfession bestimmt. Konfessionsfreie möchten die religiösen Schulen die Freiheit ausüben müssen, die sich keinen bestimmten kirchlichen Konfessionen anschließen wollen. Religionsschulen und religiöse Schulen im Sinne der Verfassung sind alle Schulen nur für bestimmte Zeiten bestimmt. Wenn jedoch über die Rechtsverfügung entschieden von „Religionsunterricht“, dann ist es keinem bestimmen Kirchen oder Religionen oder Religionen neben den Religionsschulen und den religiösen Schulen eingerichtet werden, wenn Bestimmungen zur Pflege eigentümlicher Religionsausübung nicht gebilligt haben und dies fordern. Das darf nicht im Sinne der Verfassung, die den Artikel 149 Absatz 2 der Verfassung beabsichtigt haben, noch ausdrücklich bestimmt werden; es würde ja zu einer noch weitergehenden Bestrafung der Volksschule führen.

Was würde aber die Folge sein, wenn die politischen Parteien sich nicht auf die Gemeinschaftsschule einigen? Es würde in allen säkularischen Gemeinden ein starker Schulstreit entstehen. Dies und das wird es schon vorbereitet. Das Bild soll jetzt nicht weiter ausgemalt werden; man kann es sich gar nicht darüber genug vorstellen. Das Ergebnis würde sein, dass in den großen Städten die Schule in lauter Zimmern verbleiben würde, dass in den kleineren Orten eine Kindheit vergeblich werden würde, doch in den mittleren Orten der Schulcampus verwüstet würde. Es würde ein Aufstand entstehen, der für alle Teile, für Stadt und Schule, für Gemeinde und Staat, für Familie und Gott nur Schaden bringen kann. Darum ist es die schulpolitische Aufgabe aller Einfluss, dies zu verhindern. Dies ist aber nur möglich, wenn man sich auf die Gemeinschaftsschule für das ganze Land einigt. Und dazu gibt die Verfassung die Handhabe in Artikel 174. Nach diesem gibt die Sammlung, in denen die Gemeinschaftsschule oder, wie es sagt, die nach Konfessionen getrennte Schule beim Intratretieren der Verfassung gesetzlich bestehende hat, bei der Neuregelung durch das Reichsgericht besonders berücksichtigt werden. Nach dem vor kurzem in Berlin abgehaltenen Beratungen sollen diese Kinder ermächtigt werden, durch Beschluss zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen von der in der Verfassung als Regel getroffenen Gemeinschaftsschule abgegangen werden darf. Sofern gehört zu diesen Kindern, Entscheidet sich über das Volkstammertum dafür, den Artikel 174 für sich in Auseinandersetzung zu nehmen, und beschließt sie, die Gemeinschaftsschule allgemein durchzuführen, wie es das Übergangsabkommen schon fordert — allerdings muss dann der Religionsunterricht eingeführt bleiben —, so ist die Frage ausgemacht und endgültig entschieden.

Das erfordert natürlich von rechts und links ein Abkommen. Die Anhänger der reinen Konfessionschule müssen auf die Trennung der Konfessionen und auf die sogenannte Durchdringung der ganzen Schule mit konfessionellem Geiste verzichten. Der Vertrag mag manchem schwer ankommen; er darf aber doch nicht überhöht werden; denn: 1. die Trennung ist nach der Verfassung nur in wenigen Orten möglich und zulässig (es darf ja die Schule nicht in ihrem Zustand geschieden werden!); es würden also die Angehörigen eines Konfessionsrisses ganz verschieden behandelt. — 2. Die konfessionale Durchdringung der Schule ist an sich durchaus eingestuft, das die Verfassung fordert, dass die Empfindung Andersdenkender geschont werden muss. — 3. Die wichtige Forderung, die ja nach den konfessionell-mittleren Religionsunterrichten, ist ja auch bei der Gemeinschaftsschule gewährleistet. Die Anhänger der weltlichen Schule anderseits müssen sich damit abfinden, dass in der Schule Religionsunterricht stattfindet. Dieses Zugeständnis ist ebenfalls nicht übertrieben schwer: denn 1. auch für die gesonderte religiöse Schule kommen nur ganz wenige Orte in Betracht, so dass auch ihre Anhänger fast verschieden behandelt werden müssten; — 2. es ist zulässig, dass die Kinder von dem Religionsunterricht befreit werden, das also der Wunsch, den sie als drückend bisch auf empfunden haben, wegfällt. Der Vertrag wird den Ver-

tragung der Trennung der Kinder nach bestimmen und bestimmen einen bedeutsamen Anteil, das keine Kinder in unterschiedlichen Schulen besuchen und das alle die gleiche Ausbildung erfordert wird. Wie wählt nun dieser zweite Friede, das heißt, nachdem es doch jetzt eine Art Friede ist, zu verhandeln? Dazu muss die eine Partei ihre Ausbildung bestimmen, so wie jetzt auch die anderen Parteien bestimmen. Das Geschehen hat die Schule zu bewirken.

Schon bald haben auch die Gemeinden ein großes Interesse daran, dass die Schule erledigt bleibt; einsetzt um das innere Frieden willen; dann kann es aber auch an die Freiheit zu denken. Wieder tragen die Bürgermeister ihre Schulen selbst, in Zukunft werden die Gemeinden für alle gleichmäßig zu tragen haben. Wenn füllt die Schule spät, kann auch eine verhältnismäßig hohe Kinderarbeit fordern, das für ein schönes Schulhaus gebaut, bessere Schmiede, Werkstatt und Schule gebaut werden. Das bedeutet nicht nur einen erhöhten Wert, sondern auch ein schönes Kinderhaus für den wissenschaftlichen Fortschritt Russen der Schule.

Endlich muss die Frage nach dem Standpunkt des Bediensteten und bestimmt werden. Die Verhältnisse unseres Schulwesens müssen zu weiteren Verhältnissen berücksichtigt werden. Das bedeutet nicht nur eine erhöhte Wertschätzung, sondern auch eine höhere Sicherheit für den wissenschaftlichen Fortschritt Russen der Schule.

Endlich muss die Frage nach dem Standpunkt des Bediensteten und bestimmt werden. Die Verhältnisse unseres Schulwesens müssen zu weiteren Verhältnissen berücksichtigt werden. Das bedeutet nicht nur eine erhöhte Wertschätzung, sondern auch eine höhere Sicherheit für den wissenschaftlichen Fortschritt Russen der Schule.

Der weitere Vertrag muss die Schule auch erlauben mög-

lich die Gemeinschaftsschule eine entsprechende Stütze, sofern das Wohl des Landes als oberste Rücksicht auch für die Schule gilt.

(Der „Gesetz. Demotz. Sterz.“ entnahmen.)

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 10. Dezember 1919.

Meldungen der Berliner Pressehäuser.

X. Berlin. Die Roten der Entente sind, wie die „Vollzeitung“ schreibt, um Ton entgegenkommender mehrfach angenommen wurde. Sodann enthalten sie ein Ungegenkommen insofern, als der Schluss des Protokolls fallen gelassen wurde, wonach die Entente jederzeit militärisch gegen uns vorgehen könnte, und insoweit, als über gewisse Freiheiten in der Auslieferung der Deutschen Verhandlungen stattfinden können. Es wäre folglich, die Roten sehr optimistisch anzusehen. Sie können ihrem materiellen Inhalt nach nicht sicher genug genommen werden. Das deutsche Interesse gehtet durch gefährliche Verhandlungen alle Besserungs möglichkeiten wahrschauen. — Wie die „Vossische Zeitung“ sagt, hat Deutschland in seiner Not seinen anderen Helfer als die starke Rennstall eines gegenwärtigen Vors und der Rennstalligkeit seiner fünfzig Gründen. — Der Befehl der Reichsregierung, Ministerialdirektor Rauch, sollte gekennzeichnet sein in einem Bericht fest, dass die Nachlässigkeit der Entente überzeugend kriegs politisch ist. Er fasste dann: Wie können die als Erbfeind für Europa gesehne verlangte Tonnage nicht liefern, wenn wir uns nicht wirtschaftlich ermöglichen zu tun? — Wir sind aber unter dem Eindruck der Verhältnisse bereit, Erbfeind auf anderem Gebiete zu liefern und wir wollen vor Unterwerfung des Friedensvertrages Sachverständige nach Paris schicken, die über die Lage der Wirtschaft Russland geben. — Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erläutert, werden wahrscheinlich zwei oder drei herausragende Persönlichkeiten aus den Domänen das deutsche Material in Paris vorbringen. — Im „Vorwärts“ wird hervorgehoben, dass die Unterzeichnung für das Friedensvertrags für den Frieden aufgerufen wird und zwar ist es möglich, dass es eine Verhandlung zwischen den Deutschen und den Russen geben wird. — Das ist eine hervorragende Möglichkeit, dass wir einen Frieden schließen können, wenn wir uns nicht wirtschaftlich ermöglichen zu tun.

Der deutsche Handel.

X. Amsterdam. Associated Press meldet aus Paris, dass Polen darum ersucht hat, dass dem deutschen Handel dieselben Rechte eingeräumt werden, wie dem der alliierten und assizierten Mächte.

Die Verwendung der Eisenen Division.

X. Königsberg. Zum Schutz der österreichischen Grenze wird der jetzt eingetroffene Teil der Eisenen Division nach Wien geschickt werden. Auch die später eintreffenden Teile der Eisenen Division sollen zum Schutz der Grenze verwendet werden.

Keine Gnade zwischen den Mälekten.

X. Bonn. Das auswärtige Amt teilt mit, dass die 12000 Amerikaner, die hier im Beschussgebiet am Rhein befinden, von Marshall Foch für den Kommandeur der Mälekten verantwortet werden müssen, wenn die Deutschen die Unterwerfung des Protokolls verweigern. Die amerikanischen Behörden erfordern, die Regierung belasse Beweise, aus denen hervorzeige, dass Deutschland offiziell die Ablehnung der Ratifikation seitens des amerikanischen Senats benutzt habe, um eine Spaltung zwischen den Mälekten herbeizuführen.

Für den Weihnachtstisch:

Biesen in Seide und Crepe de Chine von 50,75—175,00 Mk.
Biesen in reinwollinem Stoffen : : von 75,00 Mk. an
Biesen in Flanell, schwarze Ware : : von 29,75—55,00 Mk.

Sonntag von 11—6 Uhr geöffnet.

Kaufhaus
Germer
Inh. P. Asbeck

Riesa, Wettinerstraße 32.

Die schöne Melusine.

Roman von H. Cotta-Müller.

40. Fortsetzung.

Mit einem fehlenden Empfinden bestaute seine Augen auf diesem Gemälde. Es saßte sich dort, in einem durchscheinenden wollgrünen Schleiergewand, mit entblößten Schultern und Armen. Sie lag auf einem moosbewachsenen Stein an einer Quelle, die ihr Wasser in ein breites Becken aus weißrauem Gestein ergab. Die Arme hatte sie erhoben und neigte mit den Händen an ihrem wunderschönen goldenen Haar, das gelöst über den Rücken und die rechte Schulter herabfiel.

Das Bild war wunderhaft gemalt. Aus dem schönen weißen Antlitz sprangen die grünen hellen Augen lebhaft heraus und am den roten Wangen lag ein lächelndes Lächeln, das aus so gut sah.

Im Hintergrund des Bildes stand, ganz kluglos gehalten, unter bunten Bäumen die Gestalt eines Herrn, dessen Augen lebhaft waren und nach dem kleinen Frauenbild schaute, nachdem er seine Hände verlangsam ausgestreckt. Sein Blick auf dem Bild konzentrierte sich auf die schöne Dame, die in vorsichtigem Naturtheater gemacht war.

Unter dem Bild stand, mit einem kleinen Winde, in leuchtend roter Farbe geschrieben: „Die schöne Melusine.“

Gut wusste nicht, was ihm beim Bild die Bilder die Kraft zusammenbrachte. Auch von diesem Bild wusste es ihm wie in frischer Mühe entgegen, so dass er fröhlich zusammenkam. Es brachte an den Abend, da er sich zum erstenmal gesehen und sie bei sich so genannt hatte, wie man sie auf diesem Bild gesehen hatte. Er wusste nicht, was ihn sonst noch Lust und Freude brachte.

Ihr immer warnte, wenn er ihr entgegenkam. Nur das wusste er jetzt — doch er eifernd wusste auf dem Bild, der Bild so hatte malen dürfen, der die gelöste rotgoldene Haarschlüsse leben dürfen, die er nur in Flecken geordnet kannte. Und durch eine seltsame Übereinstimmung erschien ihm neben diesem ausgesuchten Brautbild das Winnibrot Hartmann, so wie er sie an seinem Abend spät am Bügelschrank gesehen, mit geklemtem Haar, auf das die kleine goldene Klinke gesprent hatte. Er wusste nicht, wie er plötzlich auf Winnibrot kam. Heilett, weil er ihr Haar bewundert hatte, dass vielleicht noch schwächer war als diese rotgoldene Blut, die über die weißen Hände floß. Und er fühlte etwas wie Schamkeit nach der kleinen, schwärzernen Winnibrot, nach ihren lässigen Weben, die kleine Seele gezeigt hatten. Aber dann wusste er sich wieder auf und wurde sich bewusst, dass er wie ein halloher Lämmer vor diesem Bild stand.

In diesem Augenblick wurde die Tür geöffnet und ein hägerer, weißhaariger Herr trat ein, der sich beim Gehren leicht auf einen Stuhl setzte.

„Was verdeckt mir die Ehre Ihres Besuches, Herr von Berndorf?“ fragte der Baron. „Und einen Gruß an.“

„Das gibt eine Überraschung auf sein Ziel los und brachte keine Verbindung vor, denn alten Herrn zugleich mitteilend, dass seine Tochter ihm ihr Antwort gegeben habe.

Hubig hörte Baron Glinkow zu. Seine Augen bestaute sich leidenschaftlich auf das Gesicht des jungen Mannes. Und als dieser zu Ende war, antwortete er mit einer leisen Seufzer Stimme: „Wenn meine Tochter Ihnen ihr Antwort gegeben hat, dann bin ich überzeugt, dass sie über Ihren

Verhältnisse genügend informiert ist und dass Sie ihr sagten. Ich brauche mich also nicht darum zu erkundigen, wie das wohl andere Vater im Interesse ihrer Tochter tun müssen. Im übrigen ist Giby mindig — und ich habe nicht überzeugt. Somit gebe ich Ihnen hiermit meine Einwilligung, die ja, wie ich mit meiner Tochter habe, nur eine leere Form ist. Ich wundere mich, offen gestanden, dass Sie sich erst zu mir bemühten. Sie hätten meine Einwilligung telegraphisch erhalten können. Giby hat Ihnen auch sicher den Vorfall gemacht, es zu tun.“

„Ich lag eine leise, bittere Traurigkeit in den Worten des alten Herrn. „Ach ja!“ rief er bestlossen an.

„Allerdings wollte mich Giby veranlassen, zu begegnen, aber — ich hielt es für gut, mich Ihnen vorzustellen und persönlich meine Bitte vorzubringen.“

„Mit blassen Augen sah der alte Herr zu Giby hinüber.

„Ich bin überzeugt, dass Sie jedem Vater als Schwiegervater willkommen sein würdet, Herr von Berndorf, und es ist sehr ehrenwert von Ihnen, dass Sie sich nicht abschrecken lassen, zu mir zu kommen. Bei dieser Gelegenheit haben Sie ja wohl auch dieses Bild kennen gelernt — ich sag Ihnen sofort sieben, als ich einzog.“

Bei diesen Worten zeigte der Baron auf das Bild des schönen Melusine.

„Giby verneinte sich.

„Allerdings hab ich das Bild — und es berührte mich sehr tief. Ich ist sicher das Werk eines sehr talentvollen Künstlers. Wie kam er dazu, Giby in dieser Ausführung zu malen?“

„Der alte Herr lachte und zuckte die Achseln. (Seine

Sonntag 10 im Zentrum.
Gemeindeverein
SCHLESWIG HOLSTEIN

Wochende. Nachfrage berücksichtigt übernehmen.
Artikel 421.

Über mit Armband
versetzen. Seien sehr gute
Gelegenheit abzuholen
Gemeindeverein, Rie. 541.

Donnerstag nach Freitag
nicht in und außerhalb
Gemeindeverein ein

neues Filztuch,
2 m lang, 2,50 m breit,
gezähnt werden.

200 Mark Belohnung

erhält derjenige, welcher
und wann nicht die
Gemeindeverein gegründet
oder wieder aufgebrochen
wurde.

Mitgliedschaft
mögliches Zimmer
unter 1. Januar oder später
zu vermieten. Offerten unter
8 T 4066 an das Tabl. Rie.

Schulinfektion

infolge der Verhältnisse
in ein Landhaus nach Döbeln
mit 8. Döbeln, sofort. Gute
Behandlung u. Leben zugel. An
gebote schriftl. an

Mr. Krebsfeldt Riebe,
Döbeln. Herm. Vogel-Sch. 4
ab, verlängl. vorzeitig. Riebe,
Schulstr. 16, 2. r.

Ges. v. Handelskette ob.
Kaufhaus, m. 1. Riebe
perf. u. sich jed. Riebe will. u.
verlängl. unterliegt. Interesse
d. g. Garten erw. Riebe,
m. geb. Al. Haush. mod. Villa,
1 Kind, angenehm. Stell.
Jean Dir. Dr. Meiss.
Strehla a. Elbe.

Gefahr, alleinlich.

WANDEL

oder als Wandel
Wartung u. Wäge f.
Kind für 20. Jahr gefunden.
Gute Riebe, freie Wohnung.
Riebe, m. Wohnungsangebot unter
T 4066 an das Tabl. Riebe.

Schlosserei.

Für einen Knaben, welches
die Schule verlässt, wird
Lehrstelle gesucht.

Offerten unter 8 T 4066
an das Tabl. Riebe erbeiten.

Ein Schmiedelehrling

in Landwirtschaft oder Ge-
schäft. Nur ernsthaft. Off.
wenn möglich, mit Bild, welch.
i. zurück gefundt wird, unter
T 4066 a. d. Tabl. Riebe erh.

Keine Gefenot mehr

wenn Sie Gohlfeld's Ba. Gaspolver
verwenden.

Verhindert keine Feindseligkeit.

Gehört zu fast allen einfach. Geschäften.

Erne Gohlfeld, Nährmittelabrik, Döbeln.

Nicht jeder hat es.

Nicht jedes hat es.

<

Verein der Kleinkinder zu Dresden

Ortsgruppe Niesa.
Unter obigen Namen ist in Niesa eine Vereinigung ins Leben getreten zum Schutz der betreffenden Interessen der Klein- und Mittelprentner bei der bevorstehenden großen Gemeindewahl. Die Gruppe hat nun, wie in allen anderen Siedlungen Sachsen, den Dresdner Verein angeordnet, welcher wieder dem Reichsbund angegliedert wird, um letzter alle Klein- und Mittelprentner auf zum sozialen Wohltat und enger Zusammenarbeit. Der Abdruckbeitrag ist 5 Mio. Pfennig, welche nehmen entgangen. Vertreter Adolf Schneider, Schulstraße 19
Drei Männer sind von
Drei Männer, Reuswitz.

Verein f. Volksbildung u. Kunstpflege

Riesa-Gröba.
Montag, den 10. Dez., abends 7½ Uhr im "Hotel Kaiser".

Der Biberpelz

Dieses Komödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.

Gottspiel Ernechte Windheim.

Theaterdirektion: Felix Petren.
Serie: Eintritt 2.00 (8.50), num. 1.00 (2.50).
Galerie 0.50 (1.00). Preise für Nichtmitglieder in Nammer.
Kartenverkauf: Reinhardt und Uebendorf.
Konsumverein Niesa und Gröba.
Grußkarte für Mitglieder gegen Abgabe eines Gutscheins.

Die glückliche Geburt eines
gelundenen Räuberbabys
zeigt höchstens an
Germann Wörner und Jean
Elisabeth geb. Krieger.
Niesa, Kasernenstraße 14.

Else Schmidgen
Hermann Hasemann
grüßen als Verlobte
Niesa, 10. Dezember 1910.

Begründet vom Grade unseres lieben
Entschlafenen, des Privatus
Georg Breitung
sagen wie nur hierdurch für die zahlreichen
Beweise der Teilnahme
herzlichen Dank.
Christine verw. Breitung
und die übrigen Hinterbliebenen.

Nachdem wir unsere liebe, gute Mutter,
Schwiegervater und Großmutter, Schwester, Schwesterin und Tante
Emilie verm. Goldammer
uns leiten Ruhe gegeben haben, ist es uns
herzensbedürftig, allen denen, die uns in den
schweren Tagen der Krankheit hilfreich zur Seite
gestanden haben und uns durch Wort, Schrift,
Gesang, herzlichen Blumenstrauß und ehrloses
Geleit ihr Beileid begleiteten, hierdurch aufs
herzigste zu danken.
Langenberg, den 7. 12. 19.
Die trauernden Kinder
und Verwandten.

Am Montag nachmittags raubte mir der
unerbittliche Tod durch Unglücksfall mein Leben
auf dieser Welt, meinen geliebten, hoffnungsvollen Sohn

Karl Stange

im 15. Lebensjahr.

In ungabarem Schmerz
Hedwig verm. Stange
nebst Angehörigen.

Schlossberg 12, d. 7. 12. 19.

Die Beerdigung findet nach erfolgter Leichen-
feier am Freitag in Weissen auf dem Rödt.
Siedel statt. Augendicht. Blumenpenden
bitte man bis Donnerstag abends ablegen.

Den Interessenten zusammen mit Bremser auf der
L. 10 mit in Dresden ein. Bitte rufen.

Dr. med. Schlemmer, privat. Krm. I. Müller

Adressen: 45; 10-12, 8-8½.

Hausbergl und Café Wolf

Potsdamer Straße 11 — Fernsprecher 125

Mit einer bisjährigen

große Weihnachts-Ausstellung

In Schreibwaren, Souvenieren in verschiedenen Graden,
Skriften, Schreibwaren, Papierwaren, sowie feinen
Handarbeiten einer Fabrikation

dem gebrochenen Pfeil von Niesa und Umgebung zum Besuch

bekehrt emplohlen. Mit der Bitte, mein Unternehmen gütig

unterstützen zu wollen, gelte hochachtungsvoll

Franz Wolf.

Soeben erschienen:

**Franziskus Nagler: Mit Märchenungen
in die Welt.**

Seite 6. — Urt. — Zu haben bei Johanna Müller, Buchhandlung.

Photogr. Otto Werner

— Goethestraße 81 —

Aufträge auf Photogr. u. Ver-
größerungen unter pünkt-
licher Lieferung bis zum Fest
werden noch angenommen.

Moderne Zimmer-einrichtungen

Korbmöbel

in einfacher und eleganter Ausführung empfohlen

Korbmöbel-Centrale

Ecke Schul- und Goethestraße.



Spezial-Handlung:

Holz- und Spielwaren.

Puppenklinik von Otto Hell

Gaußstraße 20

Endstation d. Straßenbahn

empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Arten Puppen,
Garderobe, Schuhe, Strümpfe. Reparaturen werden
angenommen und schnellstens fertiggestellt.

Grammophon - Schallplatten

in grösster Auswahl kaufen Sie am vorteilhaftesten bei

Fritz Rau's Nachf.

N. Schmidt & Co., Niederau, Albertstraße 2.

Reparaturen an Musikwerken aller Art

werden sorgfältig erledigt.

Niesaer Damen-hut-Lager

Goethestraße 12 I.

Große Auswahl garnierter und ungarnerter

Damen- und Mädchenthüte

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Bekleidt. ohne Kaufmann.

Jetzt beste Blauzeit

für Obstbäume und Beerenobst.

Baumöl Baumöl Paul Blaert.

Aepfel. Aepfel.

200 Ztr. rote Weihnachtsäpfel

200 " Holländ. Rotkraut

600 " Holsteiner Weißkraut

1000 " gelbe Kohlrüben

400 " rote Speisemöhren

100 " pommerischer Sellerie

100 " Meerrettich

100 " Salz-Schnittbohnen

100 Fas Sauerkraut.

Der Verkauf findet jeden Tag von 8 bis
11 Uhr auf meinem Schildpriore statt.

G. Gruhle, Bismarckstr. 35 a. Telefon 261.

Telefon 261.

Licht- u. Kraftanlagen

in Kupfer und Aluminium

großes Lager an Installations-Material

und Beleuchtungskörpern

komplett

Franz u. Emil Müller

Wernerstraße, Fernsprecher 506,

Niesa, Fernsprecher 781.

Christmann - Wachslichte

Stück 40 u. 62 big. versendet gegen Nachnahme
eig. Verpackung jedes Quantum

Karl Drösig, Leipzig
Gaußburgstraße 6.

Brennholz

trockenes, harzes, v. Ware,
rot in nächsten Tagen ein

und nimmt vorher Bestell-
ungen entgegen.

O. Lößler, Dresden L.

Bettiner-Vlas 9.

Baumkerzen

48, 50 bis 54 pr. Stück, jedes
Quantum lieferbar, sofort pr.
Bestellungnahme auch fortsetzt.

O. Lößler, Dresden L.

Romin - Höfen - Röh

sowie alle anderen Arten
Velle kauft zu höchsten Tages-
preisen. O. vertr. Schubert,
Weinhauer Str. 82.

N.B. Selbige werden auch
zum Anrichten angenommen.

Franz & Emil Müller

Wernerstraße, Fernsprecher 506
Niesa, Fernsprecher 781.

Annahmestellen:

Dr. Joh. Schmidts,
Hansipstr. 3.

Dr. Mart. Wörner,
Gröba, Schulstraße 11.

An Stelle von Linoleum
habe noch preiswert

Parquet-fussboden

abgegeben.

Döbelner Parquet-Fabrik

Jul. Gröhl, Tübingen

am Bahnhof. Telefon 275.

Für den Weihnachts-Tisch

empfiehlt

Herrenwäsche
in Leinen u. Gummi

Kragen

in den Weiten 33-45

Servietten
weich und geplättet

Hosensträger

in Gummi.

Winterhandschuhe

für Damen u. Herren

in Einfach. und gestrickt.

Größtes

Arbeitslager

am Platz.

Max Werner

Hauptstr. 65.

Christbäume

rechte Bäume

sofort eingetroffen

und empfiehlt

billig

G. Kern, Elbstr. 2.

Telefon 387.

Schokolade

Wan-Eta

frisch eingetroffen, empfiehlt

billig

Leinwand

und weiß

G. Gruhle,

Bismarckstr. 35a, Telefon 261.

Telefon 261.

Gasthof Niederlommelsch

Donnerstag, 11. Dezember

großes

Extra-Konzert.

Leitung: Muffelmstr. 6.

Unschleiden: Seine: Ball.

Restaurant

Schlachthof

zum Besuch

bestens empfohlen.

G. Gruhle,

Bismarckstr. 35a, Telefon 261.

Die Gentige Nr. um 8

Seiten.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gustavus Stöckel. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Umschau: Wilhelm Hittich, Riesa.

N° 285.

Mittwoch, 10. Dezember 1919, abends.

72. Jahrg.

Die neue Entente-Note.

Der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau hat dem Sekretär von Reuter am Montag abend folgende zwei Noten überreichen lassen:

Vor 8, 6. Dezember 1919.

Herr Präsident!
Der Oberste Rat hat Kenntnis genommen von der Rücksicht, die Sie am 1. Dezember nimmens der deutschen Regierung gemacht haben. Die Noten vom 1. und 22. November haben die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung bei der Verabsiedlung der Ratifikation des Friedensvertrages festgestellt und ihre Schlussfolgerungen Meinen bekräftigen. Die Regierung betreffend ein angebliches Recht Deutschlands (als Kompensation dafür, daß die amerikanischen Delegierten bis zur Ratifikation des Vertrages durch die Vereinigten Staaten in den Kommissionen fehlten) eine Anerkennung der Vertragsbestimmungen über die Auslieferung der Soldaten und die Rückgabe der Kriegsgefangenen zu verlangen, ist unbegründet. Nach den Schlussbestimmungen des Vertrages soll dieser in Kraft treten, sobald ihn Deutschland und drei der alliierten und assoziierten Hauptmächte ratifiziert haben. Ein Vertrag Deutschlands, die Inkraftsetzung einer neuen Bedingung, nämlich der Annahme der amerikanischen Delegierten in den Kommissionen abhängig zu machen, wäre verdeckt. Es ist unrichtig, daß der deutsche Standpunkt in dieser Hinsicht am 14. Oktober beschlossen worden sei. Ebenso ist es unrichtig, daß die Herren von Simon und von Reuter am 20. November zu mündlichen und schriftlichen Verhandlungen über das Protokoll vom 1. November eingeladen worden seien. Es ist Ihnen einfach gefaßt worden, daß angesichts einer schriftlichen Note die deutsche Regierung schriftlich und feierlich auf die Bedingungen einzurichten müsse, die darin formuliert waren.

Der Oberste Rat ist der Ansicht, daß der Artikel 221 des Friedensvertrages betreffend die Rückgabe der Kriegsgefangenen vollständig klar ist und keine Erklärung braucht. Frankreich hat schon mehrmals erklärt, daß es die Schengen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages freilassen werde. Es hat keinen Grund, dies neuverfasst zu wiederholen. Der Oberste Rat verweilt nur bei den Einwendungen gegen die Kompensationsforderung für die Rücksicht der deutschen Flotte in Scapa Flow und gegen die Auflösung etwaiger militärischer Zwangsmaßnahmen, die in der Note der Alliierten vom 1. November gemacht worden sind.

Eine belastigte Separatnote gibt Antwort auf die deutsche Note vom 24. November in der Angelegenheit von Scapa Flow. Bevor die alliierten und assoziierten Mächte ihre Forderungen stellen, haben sie diese Frage geprüft. Sie stellen die Verhältnisse der deutschen Regierung wegen der militärischen Folgen für die deutschen Häfen nicht. Sie halten das Protokoll in seiner bisherigen Fassung aufrecht. Nach Empfang des in dem Protokoll geforderten vollständigen Besitzes aller Schwimmböden, Schwimmdäne, Schlepper und Baggers werden die alliierten und assoziierten Mächte die von ihnen getroffene Auswahl mitteln, wobei sie den allgemeinen wirtschaftlichen Zweck der deutschen Häfen bestmöglich zu erfüllen scheinen. Wenn dann die deutsche Regierung beweisen zu können glaubt, daß eine der genannten Forderungen geeignet ist, Deutschland in der Bekämpfung der Besetzungen bedürfnislos ist, die Aufrechterhaltung der Flugshafträume und anderer militärischer Lebensunterlagen der gleichen Art schwer zu beeinträchtigen, so kann die deutsche Regierung den alliierten und assoziierten Hauptmächten ihre Rückforderungen stellen und diese Mächte werden ihrerseits bereit sein, sie nach Anfordung der Wiedergutmachungscommission im Geiste der Willigkeit zu präfieren.

Was den letzten Paragraphen des Protokolls vom 1. November betrifft, so ist der Oberste Rat der Meinung, daß die Unterzeichnung des Protokolls und die Inkraftsetzung der Ratifikationsurkunde die Inkraftsetzung des Friedensvertrages und damit den Eintritt des Friedensstaates bezeichnen. Von diesem Zeitpunkt an wird die Ausführung der Bestimmungen des Protokolls, das die Voraussetzung für das Inkrafttreten des Friedensvertrages bildet, durch die allgemeinen Bestimmungen dieses Vertrages sowie durch die vom Völkerrecht anerkannten gewöhnlichen Verbrauchsräten gewährleistet werden.

Bis zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages erinnern wir zum letzten Male daran, daß die Rücksicht des Reichskanzlers genügt, um den alliierten Armeen jede Berechtigung an militärischen Maßnahmen zu verleihen, die als nötig erachtet werden. In diesem Sinne erwarten wir die unverzügliche Unterzeichnung des Protokolls und die Inkraftsetzung der Ratifikationsurkunde.

Geschworene Sie u.wo.

ges. Clemenceau.

Die Separatnote zur Versenkung der Flotte.

Herr Präsident!

Am 27. November haben Sie mir ein Memorandum übersandt, in welchem sich die deutsche Regierung weitert, die Verhinderungen zu erfüllen, die die alliierten und assoziierten Mächte in Ihrer Note vom 1. November wegen der Verhinderung der deutschen Flotte in Scapa Flow am 28. Juni 1919 gestellt hatten, und in der Sie vorschlugen, diese Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die deutsche Regierung, der der Standpunkt der alliierten und assoziierten Mächte am 28. Juni 1919 mitgeteilt worden war, und die zweimal, am 28. Juni und am 2. Sept. 1919 darauf bestätigliche Mitteilungen machte, behauptet heute, daß diese Verhinderung in nichts eine Verleugnung des Verpflichtungen Deutschlands bedeutet, daß die gerichteten Kriegsfolgen im Augenblick ihrer Verhinderung nicht zur Auswirkung an die Alliierten bestimmt waren, und weit mehr noch, daß die Verhinderung den alliierten und assoziierten Mächten selbst zur Last falle, die „im Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikels 28 des Waffenstillstandes diese Kriegsfolgen nicht in einem neutralen Hafen, sondern in einem feindlichen interniert hätten“. Die alliierten und assoziierten Mächte können in diesem deutschen Memorandum nur einen schwer erklärbaren Vertrag erblicken, offiziell die Inkraftsetzung des Vertrages und die endgültige Wiederherstellung des Friedens hinzuversprechen.

In Ihrer Note vom 2. September, die Sie nach Kenntnisnahme der authentischen Erklärungen des die gerichtete deutsche Flotte befähigenden Admirals an die alliierten und assoziierten Regierungen gerichtet hatte, hatte die deutsche Regierung weit entstellt, die ihr in dieser Angelegenheit gegenüber den Alliierten obliegenden Verpflichtungen anzuerkennen, im Gegenteil geltend gemacht, daß der Admiral keineswegs die Absicht gehabt habe, die Verpflichtungen Deutschlands zu verletzen, die die deutsche Regierung hinsichtlich seiner Person eingegangen war. Die deutsche Regierung selbst erkannte ebenfalls an, daß der beschuldigte Admiral bei der Verhinderung der deutschen Flotte auf Grund eines allgemeinen Befehls gehandelt habe. Sie fügte hinzu,

dass der Admiral sehr wohl wußte, daß die deutschen Vorwände selbst einsichtlich der Friedensbedingungen die Ausrednung der Flotte auf die Wiederquittierung vorbereitet haben. Hat nicht der Chef des deutschen Admiralsstabes insgeheim dem Admiral von Reuter am 9. Mai 1919 nach Scapa Flow geschrieben:

„Wie auch immer ich das Schicksal dieses Schiffes unter dem Druck der Ereignisse gestalten möge, so wird es nicht ohne uns entschieden werden. Es wird von uns selbst ausgeführt werden, und eine Auslieferung an den Feind bleibt ausgeschlossen.“

Gerade die auf Geheiß der deutschen Regierung erfolgte Verkürzung dessen, was Deutschland im Gegenteil den alliierten und assoziierten Mächten ausliefern sollte, heißt, welches aus immer die vorläufige Verantwortung des Admirals Reuter und seiner Untergebenen sein mag, die Beleidigung des Waffenstillstandes dar und gleichzeitig einen Akt, der auf die Annulierung von Verpflichtungen hinstellt, zu denen bereits die Zustimmung erteilt war und die man im Begriff war, endgültig zu unterschreiben. Sicherlich ist es kaum nötig daran zu erinnern, daß die Flotte von Scapa Flow in Erwartung eines geeigneten neutralen Hafens in allen Punkten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach dem Art. 278 des Waffenstillstandes entspricht. Unter diesen Umständen sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht, daß die deutsche Regierung heute nicht die Verantwortung ausdrücklich kann, die ihr auflost, und nicht in einem Schiedsgericht eine Lösung von Kriegshandlungen sehen kann, deren Regelung den erwähnten Mächten aufsteht.

Alliirte fordern die alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung auf, entsprechend Ihrer Note vom 1. November ohne weiteren Verzug das Protokoll zu unterschreiben, das den Anstand der Ratifikation und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages abschafft, und so die Rücksicht auf normale Lage und die Rücksicht der Leiden der Völker sichert.

Gemeinhin Sie, Herr Präsident, die Verlängerung meiner Hochachtung.

ges. Clemenceau.

Eine Auflösung der Regierung.

Das Reichskabinett ist am Dienstag bereits zusammengetreten, um zu der neuen Entente-Note Stellung zu nehmen. Als Ergebnis sei vorweg genommen, daß die deutsche Entschließung umgehend fertiggestellt werden soll. Es ist deaktiviert, so am Mittwoch bereits dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung vorzulegen, so daß sie am Mittwoch abend nach Paris abgehen könnte. Das Interesse befindet sich in erster Linie auf drei Fragen. zunächst ist zu versichern, daß die Rückgabe unserer Kriegsgefangenen uns jetzt in einer Form sichergestellt ist, die keinerlei Hintertüren mehr offen läßt. Die Gefangenen müssen herausgegeben werden, sobald der Friede unterzeichnet ist. Bleiben die beiden andern fristigen Fragen: die Entschädigungsansprüche für die Versenkung der deutschen Flotte und die militärische Schlufklausel. Hier glaubt man an amtlicher Stelle eine Einigung kommen, die Entente bereitstellen zu können, die zwar daran lehnt, daß die Klausel im Schlufklausel stehen soll, aber mit dem Hinzufügen, daß nach der Niederschrift des Protokolls keine Möglichkeit zu militärischem Eingreifen gegeben ist, soweit nicht der Friedensvertrag oder Völkerrecht etwas anderes erfordert. Die deutsche Regierung ist abaktiviert, identisch in Paris anzuzeugen, ob diese weitere Ausdehnung die richtige ist. Fällt die Antwort befürbend aus, dann wird sie keinen Antrag nehmen, das Protokoll trotz dieser Klausel zu unterschreiben, die ja dann lediglich eine Formalität bedeutet, da sie ja eigentlich zu derselben Stunde, wo sie in Kraft treten sollte, außer Kraft gesetzt wird.

Aenders liegen die Dinge bei den Entschädigungsansprüchen für Scapa Flow. Auch wenn man einmal von formellen Unklarheiten absieht — der Wortlaut der feindlichen Note unterscheidet jedenfalls zwischen der Lebhaftigkeit der deutschen Häfen und der Notwendigkeit „der Flugshafträume“, ein Widerspruch, der jedenfalls noch geklärt werden muß — ist es doch nach allem, was wir bisher erlebt haben, eine eigene Sache, unter Schluß von einer nachdrücklichen Auslegung des einmal unterstrichenen Vertrages abhängig zu machen. Auch die deutsche Regierung ist heute nicht mehr verantwortlich genau, um sich vertraglich zur Vergabe von 400 000 Tonnen zu verpflichten, das lediglich später aus Billigkeitsgründen vielleicht die Bedingungen gemildert werden. Dazu sind doch die Gegebenheiten zwischen dem gezwungenen und dem geforderten Wert so groß gewesen. Sie will deshalb den Verlust machen, noch vor der Unterschaltung über diese Frage eine Verhandlung zu erzielen. Grundsätzlich hält sie an ihrem Neutralitätspunkt fest, daß eine Verpflichtung zur Entschädigung auf unserer Seite nicht vorliegt. Trotzdem will sie, um zu einer Einigung zu kommen, eine Entschädigung anbieten, aber nur in einer Form, daß unter Wirtschaftsleben dadurch nicht erdrückt wird. Bei gutem Willen auf beiden Seiten wird sich darüber eine Verständigung in wenigen Tagen, also ohne Veränderung der Ratifikation, erreichen lassen. Die deutsche Regierung will zu dem Zwecke antrifft an die Ausförderung in der Note der Entente, ein Versiebnis des zur Verfügung stehenden Tonnage-Summen vorzulegen. Sie will aber nicht einfach durch einen Brief die Zahl nach Paris übermitteln, sondern wird einige Tausenderlaubt aus handelsüblichen Kreisen nach Paris schicken, die Gelegenheit nebeneinander, der Entente zu beweisen, daß es für uns ein Ding der Unmöglichkeit ist, von den 527 000 Tonnen, die wir haben, 400 000 Tonnen abzuliefern, wenn nicht unsere Häfen verändert und unser ganzer Schiffsraum ins Meer kommen soll. Die deutsche Regierung glaubt dem Volk und dem Reich wenigstens den Verlust (schwach zu sein), vor der Unterschaltung des endgültigen Vertrages auch über diese Frage noch völlige Klarheit zu schaffen.

Nationalversammlung.

Große Rätselraten bei Beratung des Entwurfs

über das Reichskabinett.

Präsident Ehrenbach eröffnet die geplante Sitzung um 1 Uhr 35 Minuten und teilt mit, daß infolge Eintreffen des Ententente des Minister des Außenwesens auf diese einzuholen wolle, und zwar nach einer Sitzung des Kabinetts, die noch nicht stattgefunden habe. Demgemäß sei erlaubt worden, die Rundgebung der Nationalversammlung gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen von der Tagesordnung abzuwählen. Das Haus ist einverstanden. Rätsche Sitzung 2 Uhr. Schluß 1 Uhr 40 Minuten.

Präsident Ehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verantwortung von Anträgen. Die Ausdehnung der Erhebung der Flotte in Gold auf die sogenannten Liebesgabenpacte im Auslande wird nicht aufrechterhalten. Diese Noten sind abgesehen

mit gewissen Ausnahmen. Eine Verdopplung des Betriebslohnwerts für die Belebung der deren Leistungen der Strafmaßnahmen und die Wiederherstellung der Grenzen für das Reichsgebiet der Verpflichtungspflicht (beim Übergang eines Schiffs auf 5000 BRT) wird zurzeit erwogen.

2. Beratung des Gesetzentwurfs über

das Reichskabinett.

Zu § 1 liegt ein Antrag Dr. Rieger vor, den Entwurf an den 10. Rückblick zur Umarbeitung zurückzuerufen. Zu diesem Antrag wird namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Dr. Rieger (Deutsche Vo.) begründet seinen Antrag. Wir produzieren jetzt momentan 1½ Milliarden Papiergeld. Wissenschaftliche Reformen sind nur das Sonderereignis und die Reichsbahngesetze; alles andere ist in größter Hast zusammengestellt. Das Rotover und die Reichsbahnkommissare sollen den Unternehmern zum Beschleunigen angehören. Untere Wirtschaft kann nur durch Privatbetriebe wieder aufgebaut werden. Rotover und Reichsbahnkommissare müssen auf mehrere Generationen in ihrer Wirkung verteilt werden, und zwar müßte die jetzige Generation am geringsten belastet werden. Das Rotovergesezt hätte in kleinen Taxen das Einkommensteuerrecht berücksichtigen müssen. Eine Zurückverweisung an den Ausschuss wird nach erforderlich durch gewisse außenpolitische Gründe, die ich hier nicht erörtern möchte.

Abg. Dr. Hugenbergs (Deutschland): Die Gegner schaffen gegen das Gesetz wächst ständig. Für den Antrag Rieger werden wir stimmen. Zu § 1 haben wir den Antrag Aussicht eingebracht, wonach die Abgabe zu einem Drittel in der Form einer einmaligen Vermögenssteuer und zu zwei Dritteln in der Form der Übernahme einer neu ausgewählten Steuerlast eingerichtet wird. Mit dem Rotover steht die Exportförderung des Mittelstandes in sicherer Aussicht. Die von und vorgeschlagene Amortisationsrate wäre im wesentlichen eine Konversion früherer Schuldenverbindungen. Das bisherige Verhalten der angestellten Flotte dürfte nicht dafür, daß sie uns Zeit lassen wird, uns zu erhalten.

Die Befreiung der deutschen Mächte fordern die alliierten und assoziierten Mächte der deutsche Regierung auf, entsprechend Ihrer Note vom 1. November ohne weiteren Verzug das Protokoll zu unterschreiben, das den Anstand der Ratifikation und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages abschafft, und so die Rücksicht auf normale Lage und die Rücksicht der Leiden der Völker sichert.

Während der Aussicht eingebracht, wonach die Abgabe zu einem Drittel in der Form einer einmaligen Vermögenssteuer und zu zwei Dritteln in der Form der Übernahme einer neu ausgewählten Steuerlast eingerichtet wird. Mit dem Rotover steht die Exportförderung des Mittelstandes in sicherer Aussicht. Die von und vorgeschlagene Amortisationsrate wäre im wesentlichen eine Konversion früherer Schuldenverbindungen. Das bisherige Verhalten der angestellten Flotte dürfte nicht dafür, daß sie uns Zeit lassen wird, uns zu erhalten.

Vizepräsident Hausmann, nachdem er sich endlich dazu beschäftigt: Ich bitte, den Redner nicht am Sprechen zu verhindern. Ich bitte Sie, zu beachten, was Sie dem Hause und dem Weitergang der Verhandlung schuldig sind. Ich bitte den Redner, fortzufahren.

Abg. Hugenberg versucht mit sehr harter Stimme weiterzusprechen. (Erneuter tosender Lärm bei der Mehrheit, besonders bei den Sozialdemokraten. Schluß-Rufe. Rufe rechts: Redefreiheit!)

Vizepräsident Hausmann unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. Im Hause bleibt erregt debattierende Gruppen zurück.

Um 3 Uhr 10 Minuten wird die Sitzung vom Vize-

präsidenten Hausmann wieder eröffnet. Er erklärt: Die Wiederherstellung des Abgeordneten Hugenbergs, die zu den Unterbrechungen geführt hat, konnte die Gesellschaft des Hauses verhindern. Ich spreche bestohlt mein Bedauern aus, daß er diese Worte gebraucht hat.

Abg. Hugenberg (Deutschland) steht darauf seine Rede fort: Dieses Reichskabinett ist kein Steuergesetz,

sondern ein Sozialisierungsgesetz. Sie (rechts links) werden noch zu wählen haben zwischen dem eigenen und dem ausländischen Kapital. An die Verbindung unserer Eisenbahnen scheint Herr Erzberger ja schon zu denken. (Bedenkt den Minister Erzberger: Unerhörlich!) Wir werden es noch erleben, daß in Deutschland amerikanische Bankhäuser entstehen, die sich nicht sozialisieren lassen. Wenn Sie glauben, uns zugeschlagen zu haben, so werden wir Ihnen zeigen, daß wir noch leben!

Reichsfinanzminister Erzberger:

Der Vorredner hat mir vorgehalten, ich solle nicht hinterherreden, sondern gleich ganz offen dafür sorgen, daß der Feind das Ruhrgebiet besiegt. Sowohl in diesem unerhörten Sache eine verdeckte Verhängung liegt, reicht die Person des Sprechers und der Vorwurf, den er erhoben hat, nicht an meinen Stiefelkopf heran. Aber namentlich der Regierung habe ich den schärfsten Protest gegen diese geradezu unerhörte, daß Nationalgefühl des deutschen Volkes auf schwere Verleumdung zum Ausdruck zu bringen. Wir stehen im Augenblick mit dem Feinde in schweren Verhandlungen. Und in diesem Augenblick bringt es ein Abgeordneter der deutschnationalen Partei fertig, mit dem Gedanken zu spielen, das Ruhrgebiet vom Feinde besiegeln etwas abzugeben. (Schriftliche Befreiung im Zentrum und bei den Soz., Widerprüfung rechts. Großer anhaltender Lärm.) In einem solchen Augenblick bringt er es fertig, mit dem Gedanken zu spielen, daß wertvolles deutsches Land dem Feinde ausgeliefert werden soll. (Erneute stürmische Befreiung, Unruhe, Lärm.) Die Erregung des Hauses zeigt, wie man über die Vorfälle urteilt, die man nicht näher zu benennen braucht. (Unbewußtes großer Lärm.) Und daß alles wird von der Wehrmacht nur betrieben, weil man daran geht, den Feind in Deutschland zu belästigen. Die unheilige Mehrheit des deutschen Volkes lehnt die Auseinandersetzungen bei Herrn Dr. Hugenberg ab. Sie wendet sich entweder dagegen, daß man mit dem Gedanken spielt, weitere Gebiete Deutschlands in Heimessmacht zu geben. (Gebotssicherer Beifall im Zentrum und bei den Soz., großer Unruhe rechts.)

Präsident Ehrenbach fordert zur Ruhe und Ordnung auf und bittet, die Rücksicht zu achten.

Reichsfinanzminister Erzberger: Im Namen der Regierung spreche ich mein schwerliches Bedauern aus, daß solche Neuerungen in der Nationalversammlung überhaupt fallen könnten. Der Vorredner behauptet weiter: Der Reichsfinanzminister denkt anscheinend schon an die Verpfändung unserer Eisenbahnen. Ich habe nie einen solchen vollständiglichen Unfall beobachtet. (Gutachten: Germania!) Bin ich die Germania? (Heiterkeit!) Das Geburtsjahr des Schieberiums ist das Jahr 1914. (Sehr richtig!) Da ist erklärt worden, wir brauchen Friedensratifikate. Gell spielt keine Rolle. Dann soll ich mich sehr wenig um die Verminderung der schwierigen Schulden kümmern. Ich habe mich bemüht, die schwierige Schulden herabzumindern. Soeben ist zwischen der befreiten und der deutschen Regierung ein Abkommen getroffen worden über die Ausübung der Befreiungsgelder auf befristetem Zeitraum. (Sturm) Das bedeutet eine Verzinsung

zu den Wiederholungen. Deutlichkeit und Sicherheit allein kann den Weg zu gesetztemen Beziehungen herleiten. (Kunst) Bei weiterer sozialdemokratischer Entwicklung ist es ein großer Fortschrittsstreit, dass auf der einen Seite der Sozialen Partei im Dom und im Hause, der Reichsversammlung, bei der Gesetzesvorberatung Rücksicht genommen wird. Die Sozialdemokratie hofft und als Ergebnis erhofft, bis wie nicht erzielen könnten. Sie muss die politische Macht wie wir. Das ist das Ziel der Partei. Der Gewinn des Reichsvertrages ist zum ersten Mal von überzeugenden Streitpunkten ausgelöscht worden. (Kunst) Wir machen keine Verbesserung vor der Stunde. Aber wie ein roter Teppich zieht sich durch das ganze Gesetz die Maßnahmen auf bis zu dem zweiten Vollzug. Der Staatsminister lehnt dann die Anträge der Sozialen ab.

Das Haus beschließt Vertrag.
Es folgen noch persönliche Bemerkungen.

Ertung der sächsischen Volkskammer.

Bei der aktiven Sitzung verabschiedete die Kammer dieses Kapitel des Haushaltplanes, nachdem diese im Ausschuss & eingehenden Beratungen unterzogen worden waren. In den Kapiteln auf dem Bereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts hatte der Reichstag die Regierung unter anderem über ihre Stellung zur Befreiung der Schüler höherer Lehranstalten an politischen Vereinigungen befragt. Eine endgültige Erklärung davon wird der Staatsminister bei nächster Gelegenheit abgeben. Bei den Kapiteln des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und Gesandtschaften betrafen, kam es vor dem Abstimmen auch nur zu einem kürzeren unentschlossenen Antrage.

Die Ertungen für die behandelten Kapitel wurden von der Kammer gegen die Stimmen der Unabhängigen genehmigt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Das Gesetz im Weinen und die Schäfer. (Politik) Demonstriert in einem Artikel, wie gewisse Schäferkreise von dem Gesetz im Weinen profitieren. Es steht fest, dass etwa hundert bürgerliche Kaufleute verfolgt werden und sagt: "Sie, der in Frankreich für 85 Francs pro 100 Kilogramm und für einen Franc das Kilo verkauft wird, wird in den bestreiten Staatenlanden zu 150 bis 170 Francs verkauft, Schweinefett zu 100 Francs gefasst, erreicht einen Preis von 680 Francs im Rheinlande. Bei einem Wagen Preis verdienten die Schäfer etwa 10 000 Francs. Auch jetzt ist in Mengen nach dem bestreiten Rheinland gegangen.

Umzugskreis. Bei der 2. Lesung des Umschlagsvertragsgesetzes im Steuerausschuss der Nationalversammlung wurde der Gesamtvertrag für die Augsburgbezeichnung auf 15 Prozent gegenüber 10 Prozent der Regierungsvorlage festgelegt.

Das Verfahren gegen Dr. Heßlerich. Wie eine Berliner Korrespondenz erläutert, steht in dem Verfahren gegen den Staatsminister Dr. Heßlerich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger die Erhöhung der öffentlichen Anklage bevor.

Die deutschen Alten über den Kriegs- anbruch.

Die deutsche Regierung veröffentlicht jetzt die gesamten deutschen Alten des Auswärtigen Amtes über den Kriegs- anbruch. Nachdem Karl Rauten in den Frühtagen der Revolution die Sichtung und Zusammenstellung der Dokumente begonnen und mit mehreren Mitarbeitern im Laufe einiger Monate vollendet hatte, wurde die Vorbereitung für den Druck in Zusammenarbeit mit ihm von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking an Ende geführt. Die Publikation unterscheidet sich von den bisherigen Forderungen aller Nationen durch ihren Umfang sowie vor allem durch den Geist, aus dem sie entstanden ist. Sie ist nicht eine die Bekämpfung der eigenen Regierung um jeden Preis erreichende Auswahl wie die meisten Forderungen, sondern eine umfassende Herausgabe aller Altenstücke, die die lebte Vorphase der Vorgeschichte des Krieges von Bedeutung sind mit dem einzigen Zweck, der Wahrheit zu dienen. Jedes Dokument darin ist vollständig abgedruckt worden ohne Auslassung, Zusatz oder Veränderung. Zum ersten Male sind in einer offiziellen Altenveröffentlichung nicht nur die endgültigen Fassungen gegeben, sondern auch die Entwürfe und alle Anmerkungen und Notizen darauf, falls wenn sie nichts weiter sind als der Ausdruck von Aufgabenstellungen und ohne Einfluss auf den Gang der Entwicklung. Von einem Kommentar ist völlig abgesehen. Die Veröffentlichung ist der stärkste Ausdruck des guten und reinen Willens der verantwortlichen Personen Deutschlands, dass keinen Anteil an der Verantwortlichkeit am Kriege nicht verleugnen will, aber auch immer wieder seine Stimme erheben muss gegen die Begründung des Versailler Friedens. Deutschland sei der allein Schuldige. Die Kriegsursachen sind nicht in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges entstanden. Die Regierung wird daher auch alle wichtigen in ihrem Bereich befindlichen Altenstücke aus der weiteren Vorgeschichte des Krieges veröffentlicht. Über trocken allen Bemühungen ist durch deutsche Publikation allein die volle Erkenntnis nicht erreichbar. Sie kann erst gewonnen werden, wenn auch die Archive der anderen Länder sich öffnen lassen werden. Erst dann wird die vollen Erkenntnisse möglich sein. Nur der fairen Zusammenfügung der Gutgewillten und Klugdichten in allen Ländern kann die Weltordnung der Zukunft auf Wahrheit und Gerechtigkeit gründen.

Das Urteil im Marloßprozeß.

Oberleutnant Marloß ist von der Anklage des Gefechtsverlustes, der lediglich beschuldigt gehandelt hatte, freigesprochen worden. Es wurde wegen unschwerer Entfernung vom Feuer zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen 2 Monate durch die geistige Untersuchungsbehörde verhängt sind.

In der Urteilsbegründung wird u. a. erläutert, dass die Erfreilichung der Matrosen objektiv unberechtigt gewesen ist, doch aber eine gewisse getadelte Lage für den Angeklagten bestand. Da bezog auf die Frage, inwieweit der Angeklagte durch Befehl seiner Vorgesetzten gebedt sei, müsse berücksichtigt werden, in welcher Form ihm der Befehl der Gefechtswehr übermittelt wurde. Das Gericht ist der Meinung, dass ein Dienstbefehl vorlag, der darüber lautete, Marloß müsse eventuell zum Gefechtsgebrauch bereitstehen. Für die Ausführung des Befehls durch den Angeklagten sei zu berücksichtigen, dass es sich um eine Zeit der schweren Übung in Berlin handelt, und dass der Angeklagte infolge seiner schweren Verwundungen nicht wie ein nor. maler Mensch bewegen werden kann. Außerdem habe der Angeklagte wahrscheinlich die Befehl gehabt, dass die Regierung ein Interesse an der züglichen Unterbrechung des Krieges hatte und natürlich sei seit jenen Tagen die Hochseeflotte vollständig verschwunden. Es habe gegen den Angeklagten nicht der Beweis geführt werden können, dass er aus anderen Motiven als der Befreiung des Reiches gehandelt habe. Deshalb sei es nur er von der Anklage des Leichnages frei-

gesprochen worden.

Die Sitzung ist über zu Besichtigungen

angehoben worden!

Preise unter 2 Mk. 400

an das Tageblatt Riesa.

Gute Ni. ist. hochwertige

richtigen

Siebziger

Bei gutem Preis u. Qualität.

von der Hochzeit

Unterhaltung.

Mittwoch Nachmittag.

Von u. Volk Giessig L. Ga.

Haus mit Garten

aber angenehm. Preis wird

sofort an kaufen geben.

Preise unter 5 X 200

an das Tageblatt Riesa.

Wer kein

Grundstück,

Landgut,

Geschäft

out und mit voller Ausstattung

ohne Kosten verkaufen

will, versagt den lokalen

Bund eines Vertreters

des Deutschen Gewerbe-

und Gewerbe-Vereins.

Greven, Bremen. 25.

Entsprechende Anfragen

sind unter 2 B 462 an Quoag.

Dresden zu richten.

Deutscher Schäferhund

manuellt gegen jede Waffe,

hört aufs Wort, stubenrein,

zu verkaufen.

Paul Richter, Gräbs,

Strehlaer Straße.

2 Regehähnchen, Greven,

Greven. Pappeläuse zu

verkaufen. Standortstr. 11. 1.

Ein kleiner nachlämmer

zu verkaufen

Blümstraße 15a, 2.

1 Schäferhund

1 Wachhund

find zu verkaufen bei

Bruno Schneider,

Blümstraße. 59.

Ein gebrauchter

Puppenwagen

sofort zu kaufen gelingt.

Adresse unter T 0 4000

an das Tageblatt Riesa erbeten.

Für Kinder!

Großer Möbelwagen m. zwei

Wiebern preiswert zu ver-

kaufen. Blümstraße. 72, v. L.

Ein großes Puppen-Haus

zu verkaufen

Niederschloss-August-Straße. 4, 1.

Eine fast neue Konzertgitarre,

sowie ein Mantel für 12.-

bis 14-jähr. Mädchen g. wert.

zu erk. im Tageblatt Riesa.

Bu verkaufen

1 Wickerstall,

1 Eisenbahng.

2 Marktstände,

Wieselsdorf.

Gaustraße 33.

Guterhaltes

Gellschaukelpferd

preiswert zu verkaufen.

Daßelbst ein gutes. Ultes

zu kaufen gelingt.

Zu erk. im Tageblatt Riesa.

Spielskossa

zu verkaufen. Zu erfragen

im Tageblatt Riesa.

Lafellavier

zu verkaufen. Zu erfragen

im Tageblatt Riesa.

Eine außerordene Witze

sowie Altkordofe

billig zu verkaufen

Blümstraße. 29, 1. L.

Mondeline

zu verkaufen. 1. Zu erfragen

im Tageblatt Riesa.

Gebrauchtes, guterhaltes

Grammophon

zu kaufen gelingt.

Zu erk. im Tageblatt Riesa.

Wieselsdorf

Wieselsdorf, Greven.

Preise unter 2 B 462

an Quoag.

Herrenpelz

preiswert zu verkaufen

Blümstraße. 40, 2.

2 Herren-Mäntel

1 Herren-Winterüberzieher

1 Würden-Mäntel

billig zu verkaufen

Blümstraße. 40.

Guterhaltes, Schreibmaschine

zu verkaufen. Zu erfragen

im Tageblatt Riesa.

Gute Roslicher, Halle 5., Elisenweg 2.

Gelehrte und Nummerangabe erbeten.

Die Dinge im Tageblatt Riesa

zu kaufen gelingt.

Hotel zum Stern

Donnerstag, den 12. Dezember 1919,

abends 7 Uhr

Gastspiel von Mitgliedern des

Balletts der

Sächsischen Landesoper

unter Leitung des

Ballettmasters Arthur Dietze.

— — —

Musikalische Leitung: Dr. Helmut Knoll

Soloisten: Susanne Dombois

Solo: Walter Kreideweiss

Tanz: Hanna Hennig, Margit Ackermann, Alex Trebitsch

Konzertdirektion:

Wilhelm Quiddle, Dresden

Aus dem Programm: Frühlingskinder von

Johann Strauss, Alt-Wiener Walzer von

Lanner, An der schönen blauen Donau